



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 02.06.2022
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) <i>Vertretung für Frau Elisabeth Nagel</i>
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Helga Schubert	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Diana Franke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Etienne Samuel Knorre	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Lau	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Petra Schneutzer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Kultur und Sport
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Ullrike Arnswald	Regionale Koordination
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Sven Bartsch	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales

zu Einwohnerfragestunde

zu Fragesteller 1 zum Jugendhilfeausschuss am 08.04.2022

Fragesteller 1 wies auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 08.04.2022 hin. Diese fand in Form einer Videokonferenz statt. Er bezog sich seiner Meinung nach, auf die unqualifizierten Äußerungen des Ausschussvorsitzenden des Jugendhilfeausschusses hinsichtlich des damaligen Fragestellers einer Einwohnerfrage in diesem Ausschuss.

Herr Dr. Wend sagte, dass hierbei eine inhaltliche Auseinandersetzung von Seiten der betroffenen Fragesteller nicht erwünscht ist. Er wird die gestellten Fragen, schriftlich beantworten.

zu Fragesteller 2 zur Schulsozialarbeit in der Grundschule Frohe Zukunft

Fragesteller 2 bezog sich auf das Thema zur Schulsozialarbeit in der Grundschule Frohe Zukunft. Sie sagte, dass das Land jetzt ein Teil der Kosten der Kommune übernimmt. Für die Schule besteht laut Teilplanung ein Zusatzbedarf für Schulsozialarbeit. Sie fragte, ob die Möglichkeit besteht, über eventuelle freiwerdende Gelder diesen Zusatzbedarf abzudecken.

Herr Frolow bestätigte, dass das Land Sachsen-Anhalt die kommunalen Eigenanteile hinsichtlich der Schulsozialarbeit übernimmt. Die Verwaltung befindet sich gerade in der Abstimmung darüber, was es in Hinblick der Priorisierung bzw. zur Beschlussfassung auf kommunale Schulsozialarbeit bedeutet. Er informierte, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 14.06.2022 der konkrete Ablaufplan vorgestellt wird.

Fragesteller 2 wies darauf hin, dass sich die Grundschule Frohe Zukunft auf den vorletzten Listenplatz befindet. Sie sagte, dass die Schulsozialarbeiterin dieser Schule ein Konzept geschrieben hat, welches wahrscheinlich nicht über ihren Träger eingereicht wird, weil sie nicht in dieser Prioritätenliste steht.

Herr Frolow bemerkte, dass unter der Beachtung der behördlichen Ausschlussfristen Anträge immer eingereicht werden können. Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wurde Bedarfsindikatoren durchgeführt und dadurch entsprechende Priorisierung bedarfsorientiert durchgeführt.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.05.2022
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Beendigung der Mitgliedschaft "Weinheimer Initiative"
Vorlage: VII/2022/03860
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/03916
- 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122
- 6.2. Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP), MitBürger & Die PARTEI und CDU zur Unterstützung des ASD
Vorlage: VII/2022/03998
7. Mitteilungen
- 7.1. Berichterstattung für das Jahr 2021 zu den Frühen Hilfen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04115
- 7.2. Bericht zur aktuellen Situation von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen
Vorlage: VII/2022/04155
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

nicht öffentlicher Teil:

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.05.2022
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.05.2022

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 05.05.2022, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Beendigung der Mitgliedschaft "Weinheimer Initiative"
Vorlage: VII/2022/03860**

Frau Arnswald führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Dr. Wend bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) in der Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“ zum 31.12.2022.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle
Vorlage: VII/2022/03916**

– Auf Antrag der Fraktion AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll –

Herr Dr. Wend

So, wir sind bei Anträgen von Fraktionen und Stadträten und da ist schon der im Stadtrat heiß diskutierte Antrag von Halle Freie Wähler und CDU zu Erstellung eines

Sicherheitskonzeptes auf der Tagesordnung. Wer möchte sprechen? Möchte der Antragsteller vorstellen?

Frau Gellert

Es gab ja nochmal von uns eine Konkretisierung, die Sie bestimmt erhalten haben und ich möchte jetzt nicht nochmal auf den Beschlussvorschlag eingehen. Kann jeder lesen. Was ich aber noch mal unterstreichen möchte, sind die hinteren Punkte, die besonderen Aspekte zum Beispiel die Verbesserung der Beleuchtung an manchen dunklen Orten und wir hatten heute Vernetzungsgruppe. Das war nochmal ein Thema auch zum Beispiel Beleuchtung der Skateranlage konkret am Thüringer Bahnhof. Die könnte deutlich länger bespielt werden also die Kinder und Jugendlichen wollen, die länger bespielen, aber da ist es stockduster und generell wer Thüringer Bahnhof kennt, der ist momentan wunderschön. Kann ich empfehlen, aber in den Herbst und Winter und Frühjahr Monaten, wo man gern fahren würde, ist das ein erheblicher Sicherheitsaspekt.

Genauso auch die Arbeitsfähigkeit und Einbindung des Präventionsrates. Da habe ich ja auch erneut die Anfrage gestellt, wann der nun endlich anfangen kann zu arbeiten. Das wurde hier schon viel helfen und das kostet, ich sage jetzt mal wenig Geld. Es ist nur wichtig, dass Akteure an einem Tisch sitzen und hier Konzepte entwickeln. Wie gesagt, durch die Vernetzung kostet es nicht viel Geld, eben nur Zeit. Deswegen bitte ich noch mal intensiv über den Antrag nachzudenken und eben auch zuzustimmen.

Damit wir hier ins Arbeiten kommen. Es ist nicht so, dass Halle von 1000 von Banden heimgesucht wird, aber der Trend und die Tendenz Gewalt anzuwenden haben wir erst in den letzten Messerstechereien, einmal in der Sekundarschule Fliederweg erlebt und auch in der Straßenbahn, was auch wiederum ein Kind, ein Mädchen aus der Sekundarschule Fliederweg betrifft, die jetzt noch in Lebensgefahr im Krankenhaus liegt. Ich bitte hier einfach, miteinander Konzepte zu entwickeln, die mehr Sicherheit für Kinder und Jugendliche in Halle bietet. Dafür plädieren wir. Vielleicht will auch noch die CDU mit einsteigen

Herr Dr. Wend

Herr Heym war schneller. Dann Frau Haupt. Ich bin auf dem linken Auge etwas sehgeschwach, obwohl das Herz links schlägt. So Frau Haupt bitte.

Frau Haupt

Dann nutze ich die Gelegenheit, unseren Änderungsantrag einzubringen. Ich will voranstellen, dass wir, wie das so manchmal überkommt, natürlich auch anerkennen, dass es Gewalt und Kriminalität in dieser Stadt gibt. Wir haben eine völlig andere Herangehensweise, diese Probleme anzunehmen und dagegen auch etwas zu tun. Ich will vielleicht nur sagen, wir unterstützen inhaltlich die Position der Stadtverwaltung auf den Antrag jetzt von den beiden Fraktionen, weil in dieser Stellungnahme ja auch deutlich zu sehen ist, dass und das unterstreichen wir, weil wir überlegen müssen. Wer erfüllt hier welche Aufgaben? Die Polizei muss, was diese Kriminalität angeht, federführend sein in der Stadt Halle. Das sind nicht Aufgaben, die der Stadtrat meistern kann und alles andere was dort drinsteht, wie gesagt, das sehen wir auch so.

Vor allen Dingen, auch wenn man an die Forderungen oder auf den letzten Seiten nochmal auf diese Maßnahmen schaut, die dort vorgeschlagen sind. Die werden zum Teil schon erfüllt oder man ist dabei, sodass man eigentlich sagen kann, das sind laufende Prozesse. Deshalb haben wir da ein Problem mit diesem Antrag. Ich will aber nochmal sagen, meine Kollegin hat im SGA also im Sozial und Gesundheitsausschuss aus ihrer beruflichen Perspektive aus der Justiz kommt usw. auch schon mal darauf hingewiesen, dass insbesondere im Hinblick auf straffällige Jugendliche, die unter Strafrecht stehen oder Jugendstrafrecht/Prozessrecht usw. dargestellt wird, dass es immer, um die Prävention geht.

Dass das ein hilfreiches Mittel ist. Statt harter Strafen wird großen Wert auf erzieherisches Einwirken und so weiter. Also mehr Wert auf erzieherisches Einwirken auf die Resozialisierung gelegt. Das wollen wir auch mit unserem Änderungsantrag nochmal aufzeigen. In einer Kommune in Halle, in der etwa jedes dritte Kind von Armut betroffen ist, wäre es aus unserer Sicht viel wichtiger nach den Ursachen für Kriminalität zu schauen und diese zu bekämpfen. Da sehen wir die Grundlagen und nur so auch auf Dauer sehen wir die Sicherheit in der Stadt gewährleistet, weil wir meinen, dass die großen Repressionen in Form von starker Polizeipräsenz, bitte jetzt das so auch hören, wie ich das Sage oder auch Überwachung sich nicht auf Dauer wirksam erwiesen hat, Straftaten zu verhindern.

Ich denke da zum Beispiel, Sie kennen das alle, diese Drogenumschlagplätze, die es mal am Riebeckplatz gab. Also auf Dauer gesehen, wie gesagt nochmal, sehen wir wirklich, dass man Kriminalität nur verhindern kann, wenn man wirklich den Nährboden entzieht und das ist mit dieser Prävention, wie wir das aufgezeigt haben nach unserer Sicht möglich. Natürlich ist dann als einen Prozess, der etwas länger dauert, aber der dann wirklich auch nachhaltig ist. Deshalb haben wir diesen Änderungsantrag gestellt. Ich sage noch mal, es ist ein völlig anderes Herangehen an die Problematik. Deshalb hat ja auch die Abteilung Recht das anerkannt, das ist ein Antrag ist, der auch ein Konzept verlangt, aber wie gesagt auf anderen Wegen dieses möglich macht. Danke.

Herr Dr. Wend

Jetzt Herr Heym, dann Frau Schmidt und dann der Herr Döring.

Herr Heym

Ja vielen Dank. Ich fange mal an. Aus Sicht eines Vaters von zwei Teenagern, die sich in den entsprechenden Lagen in der Stadt zu den entsprechend gefährlichen Zeiten bewegen oder eben nicht, weil wir es nicht zulassen oder anders organisieren. Wir haben als Eltern tatsächlich und da sind wir keine Einzelfälle durchaus zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten bedenken unsere Kinder dort zu wissen. Das ist natürlich für uns als Familie ein Zustand, der schwer zu ertragen ist. Den Kindern auch oft schwer zu erklären und zu vermitteln ist und der belastend.

Von daher, das habe ich in einer Sitzung des Stadtrates als der Antrag eingebracht wurde schon gesagt, begrüße ich ganz persönlich diesen Antrag vollumfänglich. Nun geht es im Antrag und im Änderungsantrag, um unterschiedliche Sichtweisen und Herangehensweisen. Das sind auch Dinge, die ich mir überlege als Vater als Bürger dieser Stadt als Bürger dieses Landes. Die Frau Haupt hat es im Grunde schon richtig gesagt, im Jugendstrafrecht ist die Resozialisierung über allem stehend und bestimmt im Grunde diese ganzen Handlungskonzepte, die es dort gibt. Aus meiner Sicht befinden wir uns dann in einer Art Dilemma. Wir haben bestimmte Täter in der Stadt und nicht nur in der Stadt, die gibt es landesweit, die diese Art Fürsorge und Zukunftsvisionen als Schwäche auslegen und im Grunde missbrauchen. Deswegen war diese Idee hier ein Konzept zu erarbeiten und auch Signale aus der Stadtgesellschaft zu senden, auch das habe ich im Stadtrat gesagt, dass wir so ein Verhalten nicht dulden. Dass wir uns als Stadtgesellschaft dagegenstellen. Für mich wichtig, weil ich habe oft den Eindruck, dass dieser präventive Gedanke also eine Art Generalprävention und bitte jetzt nicht falsch verstehen. In diesen Konzepten, die wir im Moment fahren, zu kurz kommt. Also Generalprävention ist dann eben Strafe, Abschreckung, um es deutlich mal auszudrücken. Ich finde auch dieser Aspekt muss irgendwo Einfluss nehmen auf ein Gesamtkonzept, das zu erstellen wäre. Das kann sich darin äußern, dass die Strafe auf dem Fuße folgt, zum Beispiel, die muss dann nicht besonders hart sein, sondern das muss deutlich, eben Tat und Wirkung zeigen.

Ich finde es wichtig und deswegen ist dieser Antrag auch charmant, dass man weiß worum es geht. Ich habe die Befürchtung beim Änderungsantrag der LINKEN, dass hier genau das Gegenteil bezweckt wird, dass eine Art Täterschutz entsteht, dass man nicht genau in der Analyse ist, wer zieht hier mit welchen Absichten in welchen Gruppierungen durch die Stadt. Ich möchte, dass das analysiert wird und dass dann aufgrund der Analyse und der gewonnenen Erkenntnisse die eben von mir geschilderte Folgen überdacht werden und ins Konzept einfließen. Deswegen werde ich den Hauptantrag unterstützen und den Änderungsantrag nicht. Vielen Dank.

Herr Dr. Wend

Jetzt glaube ich, Frau Schmidt.

Frau Schmidt

Vielen Dank. Ein kurzer Hinweis. Ich dachte, dass wir keine Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag haben oder habe ich da was übersehen.

Herr Dr. Wend

Es gibt eine. Herr Frolow wird uns berichten. Wenn Frau Schmidt wert drauflegt, dann starten wir jetzt und bitten Herrn Follow uns das nicht lesbare verständlich verbal vorzutragen und dann geht es weiter Möchten Sie das so?

Frau Schmidt

Ja bitte.

Herr Dr. Wend

Herr Frolow sind Sie so nett.

Herr Frolow

Die Stellungnahme ist ja schon vom 14.4. und es ist immer gut, wenn jemand Papier dabei hat und zu denen gehöre ich. Die Stellungnahme ist ablehnend formuliert. Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Zur Begründung trägt die Stadtverwaltung vor, die Sicherheitsbehörden und die Polizei haben gemäß Paragraph 1 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt grundsätzlich die gemeinsame Aufgabe der Gefahrenabwehr.

Stadtverwaltung und Polizei arbeiten auf dieser Grundlage vertrauensvoll zusammen. Gemeinsame Streifentätigkeit, wechselseitige Unterstützung bei Einsätzen. Teilnahme der Polizei am Katastrophenschutzstab und ein regelmäßiger Informationsaustausch sind nur einige Beispiele der praktischen Umsetzung. Im Fall von Straftaten liegt die grundsätzliche Zuständigkeit jedoch bei der Polizei. Dies gilt nicht nur für die Strafverfolgung, sondern nach Paragraph 2 Absatz 1 SOG LSA für die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten. Ein Konzept zur Verhinderung von Straftaten bisher federführend durch die Polizei erstellt werden. Die Polizei erstellt derzeit ein entsprechendes Konzept, welches unter anderem auch den Bereich Streetwork sowie den Ordnungsbereich der Stadt Halle (Saale) einschließt. Eine Beauftragung der Stadtverwaltung steht nicht im Einklang mit den sachlichen Zuständigkeiten. Soweit die Stellungnahme zum Grundantrag.

Herr Dr. Wend

So Frau Schmidt, jetzt sind sie dran.

Frau Schmidt

Ja dann kann ich hier spontan darauf reagieren. Also ganz kurz, wenn wir eine E-Mail während der Sitzung bekommen, haben wir keine Chance das noch anzuschauen. Da möchte ich an dieser Stelle hinweisen. Natürlich, das will ich gar nicht dementieren, dass die Polizei zuständig ist für die Gefahrenabwehr und sich um die Verhinderung von Straftaten kümmern muss. Hier geht es um Sicherheitskonzept, wo ganz klar auch der Fokus auf der Prävention ist und vor allem auch auf den einen ganzen Blick auf das Ganze.

Wo eben nicht nur Streetwork und Präventionsrat involviert sind, sondern auch die anderen Akteure in der Stadt. Dabei halte ich es für sehr wichtig, dass die Polizeibehörden aus unserer Perspektive mit einbezogen sind und da können wir nicht die Hand einfach die Verantwortung von uns weisen. Wie Frau Haupt, das na ja schon suggeriert hat. Sondern wir müssen schauen, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten als Kommune, da auch mitwirken und in dem Rahmen der uns gegeben ist ein Sicherheitskonzept zu erstellen. Da sind wir sogar sehr nah beieinander, Frau Haupt. Ich muss sagen ihr Änderungsantrag wäre fairer gewesen, wenn Sie tatsächlich in unserem Text geändert hätten, denn wir sind ja gar nicht so weit auseinander. Das schöne wäre gewesen, man hätte gleich eindeutig sehen können, was in ihrem Antrag fehlt, weshalb werden wir ihn auch nicht einfach übernehmen können.

Hier fehlt nämlich ganz klar die Perspektive der Polizeibehörden mit reinzunehmen. Da geht es nicht darum, Polizeiarbeit zu übernehmen, sondern genau diese Perspektive noch mit drin zu haben, genauso die HAVAG als Akteur gerade, wenn wir sehen, was an Raub, Diebstahl oder auch Gewalt in den Fahrzeugen der HAVAG passiert. Das finde ich schade auch das vorantreiben, dass endlich der 24 Stundendienst des Ordnungsamtes umgesetzt wird. Denn hier hätten wir dann eine Möglichkeit, dass eben auch zu den Nachtstunden für reine Ordnungswidrigkeiten eine Instanz da wäre, um vielleicht auch Schlimmeres zu verhindern und die dann gerufen wird, wo die Polizei eben noch nicht kommt.

Deswegen bin ich sehr dafür, dass der Änderungsantrag nicht durchkommt, weil eben genau diese Aspekte leider in ihrem Antrag fehlen. Kann man schnell überlesen, wenn ein Text komplett neu geschrieben wird. Ja, das war es eigentlich auch. Deshalb bitte ich Sie, nicht den Änderungsantrag zu unterstützen und unseren Antrag zu unterstützen.

Herr Dr. Wend

Herr Döring hat das Wort.

Herr Döring

Dankeschön. Also ich werde weder Änderungsantrag noch Antrag zustimmen. Nicht, weil ich das Problem nicht sehe, das Problem ist da, das Problem ist lange da. Vielleicht ist es auch schlimmer geworden. Ich glaube, es hat sich auch einfach ein Viertel verlagert, wo es vorher nicht so groß war. Warum werde ich das ablehnen. Die Punkte, die vor allen in dem CDU-Antrag stehen, da kann ich überall mitgehen, die sind nur beschlossene Sache. Seit gestern soll der 24 Stunden Dienst des Ordnungsamtes anfangen. Es fehlt Personal. Der Präventionsrat soll arbeiten. Diese Stelle steht seit, was weiß ich, im Stellenplan. Die Punkte sind alle gut. Sie müssen von der Verwaltung umgesetzt werden und sie sind von uns beschlossen und meine Befürchtung ist einfach, wir erzeugen hier den nächsten Papiertiger. Ich habe mal so ein paar Konzepte, das Präventionskonzept, Bildungskonzept, das Beleuchtungskonzept, die Jugendhilfeplanung ist eigentlich auch eine konzeptionelle Steuerung davon.

Da stehen ganz viele wichtige Sachen drin. Diese müssen umgesetzt werden und daran hapert es. Jetzt binden wir mit diesen Anträgen wieder Ressourcen, haben dann ein

Konzept. Dann können wir zwar sagen, wir haben was gemacht, aber davon fühlt sich kein Jugendlicher, kein Erwachsener, niemand fühlt sich davon sicherer, weil die Sachen müssen umgesetzt werden.

Die Ressourcen, die wir dafür nutzen, dass diese Stelle zum Beispiel für den Präventionsrat verdammt nochmal endlich ausgeschrieben wird. Das überhaupt besetzt werden kann, weil dann können wir uns dann noch ein halbes Jahr darüber ärgern, dass wir keinen gefunden haben, der die Stelle macht. Das geht immer so weiter und das Problem ist da. Wir müssen gucken, wie wir da zum Beispiel auch präventiv vorgehen, dann müssen wir uns aber auch in diesem Ausschuss darüber einigen. Wir sagen, wir brauchen mehr Streetwork, dann müssen wir im Haushalt gucken, wie können wir das bezahlen, wo sparen wir, weil obendrauf kriegen wir nichts mehr.

Das ist unsere Aufgabe auch als Kontrolleur und Kontrolleurinnen der Verwaltung, dass die Sachen, die wir beschlossen, haben umgesetzt werden und nicht nochmal in einem neuen Konzept gebündelt und dann haben wir dieses Konzept und es ist wieder nicht umgesetzt. Das bindet Ressourcen. Das Anliegen ist absolut richtig. Es ist gut, wenn sich alle sicher fühlen und vor allem, wenn alle sicher sind, also fühlen ist das Eine sicher sein ist noch besser. Dafür brauchen wir die Sachen, die müssen umgesetzt werden. Da müssen wir hinterher sein, nicht nochmal mit einem neuen Konzept. Danke.

Herr Dr. Wend

Ja Dankeschön Herr Döring. Wir haben ein Vertreter der Polizei in unseren Reihen und ich würde gerne. Ich habe mich auch noch selber auf die Rednerliste gesetzt. Ich hätte gerne auch nochmal von Herrn Deubel gehört, insofern er sich dazu in der Lage sieht, aus seiner Sicht nochmal zu schildern, wenn er diesen Antrag so sieht. Da steht ja öfters, das Wort Polizei drin. Wie das, so auf Sie wirkt und was ihnen durch den Kopf geht, wenn sie diesen Antrag sehen.

Herr Deubel

Auf mich wirkt. Ja ganz normal. Ich sage mal, wir als Polizei haben unsere Aufträge und letztendlich, wenn irgendwo Sicherheitsbedenken herrschen oder wenn Straftaten verübt werden, da wird logischerweise als erst nach Polizei geschrien. Das ist so. Das ist unser tägliches Brot. Ich sage mal, wir haben schon einiges unternommen, um gegen die Sachen wo man auch bei der letzten Sitzung schon gesprochen haben, was unsere jugendlichen heranwachsenden Straftäter sind, um dort vorwärtszukommen. Jetzt muss man einfach sehen, wie sich die ersten Maßnahmen dann eigentlich niederschlagen.

Wir haben schon die einen oder anderen Erfolge erzielen können, in den letzten Wochen und Monaten. Da gilt es für uns zumindest, da jetzt weiterzumachen. Wir stehen im engen Kontakt und Austausch mit der Stadtverwaltung, im Bereich Sicherheit und das wird auch weiterhin so ablaufen.

Herr Dr. Wend

Wenn ich Sie richtig verstehe, ist das sozusagen. Also ein Teil des Antrages war ja auch hier nochmal der Impuls, das hier Polizei und Stadtverwaltung dichter zusammenarbeiten. Wenn ich das richtig sehe, arbeiten sie eng zusammen. Ist da eigentlich. Kann man da nichts mehr drauflegen.

Herr Deubel

Das ist richtig, dass wir eng zusammenarbeiten. Also, ich stehe regelmäßig im Austausch mit dem Stadtordnungsdienst. Wir hatten ja die Abiturientenfeier in ganz enger Zusammenarbeit, ich sage mal begleitet. Jetzt am Wochenende geht es ja los mit dem sicheren Bereich, im Bereich der Ziegelwiese, wo wir auch wieder zusammenarbeiten, wo wir uns im Vorfeld abstimmen, wo wir uns an dem Einsatztag abstimmen werden. Das heißt, man kann

sicherlich immer was verändern in der Zusammenarbeit oder die steht regelmäßig unter unserer eigenen Beobachtung. Ich sehe da jetzt keinen großen Veränderungsbedarf, weil irgendwas nicht funktioniert

Herr Dr. Wend

Dankeschön für die Einschätzung.

Frau Haupt

Ich wollte bloß nochmal, weil wir ja direkt angesprochen worden sind. Ich mache es auch ganz kurz, dass ich das nicht so ganz stehen lassen kann. Wir haben unterschiedliche Ansätze für ein Konzept. Das muss man einfach erstmal akzeptieren. Wir setzen mehr auf die Prävention, das habe ich vorhin alles auch schon ausführlich gesagt und wir haben auch, weil das ja auch wohl noch kam, genau nochmal auf die Strukturen verwiesen, die jetzt eben gerade auch nochmal bestätigt worden.

Wir arbeiten da mit der Polizei zusammen und so weiter und sofort. Wir können aber nicht die Polizei beauftragen. Das ist nicht unser Brot. Deshalb habe ich auch auf die Stellungnahme der Verwaltung verwiesen. Das war mir nochmal wichtig zu sagen.

Herr Dr. Wend

Frau Gellert

Zum einen gebe ich Herrn Döring total recht. Wir haben viele Sachen schon verabschiedet. Ich habe im Stadtrat wiederholt nachgefragt, obwohl uns ja suggeriert wurde, die Stelle ist ausgeschrieben. Ist noch nicht ausgeschrieben. Dass der Präventionsrat an sich hier eine wichtige Schnittstelle ist und vielleicht kann man sich so einigen das, dass man sich verabredet ein Präventionskonzept zu verfassen, mit den Akteuren, dass der Auftrag ist und das ist ja schon mal Auftrag, ja das ist ja alles schon da und das ist ja nun schon alles schon wieder 2 Jahre her, seit wir das beschlossen haben und immer noch nicht umgesetzt.

Dass wir endlich zu Potte kommen und einen Zeitplan erstellen, dass wir konkret an den Dingen arbeiten und hier mit den Akteuren zusammen, weil immer wir nur drüber reden, dann wird das nichts. Ich möchte hier auch die Diskussion aufmachen, weil die Polizei ist wirklich nur der Eingreifende, aber die Polizei ist auch müde, ständig junge Leute aufzugreifen, sie den Richter vorzuführen und nach einem dreiviertel Jahr oder anderthalb Jahre später kommt es zur Verhandlung, dass der junge Mensch gar nicht mehr wusste, wofür er da verknackt wird.

Das sind auch nochmal so Randerscheinungen, die genau nicht zur Verbesserung der Situation führen und auch zum Schuldbekenntnis oder überhaupt zu Einsicht, dass das eine Straftat war. Das sind nochmal so viele andere Dinge, die da und dann herum Tentakeln und deswegen ist es wichtig, sich trotzdem nochmal dazu verständigen, auch wenn manche den Antrag ablehnen. Dass wir hier daran arbeiten, an dem Thema Gewalt und Gewaltbereitschaft und Kriminalität, das ist wichtig, das ist unsere Fraktion auch wichtig. Ich denke genauso der CDU und auch den LINKEN egal welches Konzept, wir schreiben. Wir müssen hier einen roten Faden haben und wir müssen anfangen in diesen Bereichen, in dem Segment zu arbeiten, und zwar gemeinsam und das finde ich wesentlich.

Herr Dr. Wend

Ich habe Herrn Frolow gesehen, aber Herr Heinicke kommt als Erstes und dann Herr Frolow.

Herr Heinicke

Wir sitzen gerade jetzt bei uns auch in den Reihen der freien Träger und überlegen, ich sage ich jetzt mal vorsichtig oder salopp, die Kuh vom Eis zukriegen. Das Problem, was wir sehen und da sind wir eigentlich auch bei Herrn Döring. Wenn schon bestimmte Sachen beschlossen sind und die nicht umgesetzt sind, wäre es, denke ich eher hier die Pflicht von uns darauf zu drängen, dass diese Maßnahmen umgesetzt werden. Wenn diese

Maßnahmen anfangen zu laufen und dann würden wir es für sinnvoll erachten zu gucken welche Hilfsmittel müssen dann noch zur Verfügung gestellt werden, dass das eine hundertprozentige Sache wird. Wenn man das heute hier nicht so hinkriegen, wäre es aus meiner Sicht sinnvoll, dass sich beide Antragsteller oder ich glaube beziehungsweise 4 dann vielleicht noch mal zusammensetzen und wenn es denn sein muss einen gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Da kriegen wir eher Konsens als das eine abzulehnen, was wir eigentlich nicht wollen oder auch wollen und das andere dann dadurch nicht zuzulassen, was aber auch notwendig ist. Von daher denke ich, ist das hier eine schwierige Situation. Ich denke besser ist es, mit dem, was der Stadtrat beschlossen hat und da sage ich mal die bitte von uns an die Stadträte, setzt es doch oder fort es doch bitte ein, die ganzen Geschichten. Drängt darauf und dann gucken wir was für Hilfestellungen noch nötig sind. Das ist, jetzt hätte ich fast gesagt, ein Antrag von uns.

Herr Dr. Wend

Herr Frolow, ihr Telefon ging, aber sie haben es schon beantwortet.

Herr Frolow

Das war nicht mein Telefon. Ich habe einen interessanteren Klingelton als das. Bei mir steht da vielleicht keine Formel, sondern eher ein Notenschlüssel, aber egal. Ich will einfach bloß nochmal vielleicht die Gelegenheit nutzen und im Anschluss an das was gesagt worden ist sowohl von Herrn Heym, von allen anderen Rednern von Herrn Deubel. Vielleicht einfach nochmal die Gelegenheit nutzen, um darzustellen, was eigentlich hier alles schon passiert. Damit das nicht ganz unter den Tisch fällt. Vielleicht doch auch aus jugendhilferechtlicher Sicht, also was macht eigentlich der Fachbereich Bildung in diesem ganzen Bereich. Was zu unserer Rolle da in der Zusammenarbeit und was unsere Rolle in der Zusammenarbeit mit Fachbereich 37, der hier schon mal federführend in Zusammenarbeit, mit der Polizei tätig geworden ist und erste Angebote zunächst erstmal für den Sommer in bestimmten Arealen, die man testet, angefangen hat in denen wir uns auch beteiligen und die dann auch am 4. Juni erstmals starten werden.

Da ist also auch einiges schon im Gange. Es haben bestimmt viele von ihnen schon mal gehört. Von dem man sagen muss, das muss man auch mal abwarten, wie das wirkt, wie das funktioniert. Da sind ganz viele Akteure mit an Bord, natürlich die Polizei, natürlich 37 da auch federführend, wir auch mit Streetwork, mit den klassischen Angeboten der Kolleginnen und Kollegen, in dem Zusammenhang, mit dem Thema. Ich sage mal große Veranstaltungen im öffentlichen Raum auch leisten können.

Da ist einiges ab 4. Juni dann auch in Planung, was dann jeden Samstag dann auch vonstattengeht, also quasi man kann es ein bisschen umfassen als geschütztes Chillen, wenn sie so wollen. Wir wollen natürlich auch diesen Aspekt, also das des subjektiven und objektiven Empfindens bzw. Sicherheitsgefühls aufgreifen und auch erstmal konkret da auch zeitnah reagieren und das findet auch bereits ab 4. Juni statt. Man muss aber auch natürlich beachten, welche Aufgabe ist da bei uns jetzt präventiv von der Jugendhilfe eher zu leisten und da sollte man natürlich auch ein bisschen die Kirche im Dorf lassen. Streetwork hat im Rahmen seiner Fachlichkeit, abgesprochen, mit der Arbeitsgemeinschaft Streetwork, also im Rahmen unserer rechtlichen Zuständigkeiten, bestimmte Aufgaben präventiv und ist kein Anhängsel der Ordnungsbehörden, sondern geht mit eigener Profession an die Sache ran. Dient vielleicht auch ein bisschen dazu, Zugang zu eröffnen, das ist ganz klar, aber da kommen wir auch zu einem springenden Punkt. Wir müssen das auch klar abtrennen, den zur Profession im Streetwork gehört natürlich auch Vertrauensbasis zu den jungen Menschen aufzubauen und zu finden. Das ist Beziehungsarbeit, das ist ganz wichtig. Dieses Vertrauen und diese Beziehung bricht ganz schnell ab, wenn die jungen Leute das Gefühl

haben, man ist hier der jugendnahe Teil der Ordnungsbehörden und ich schaffe bloß eine Brücke für ein Ermittlungsverfahren, was dann auf mich zukommt.

Das ist kontraproduktiv für die Arbeit, die wir leisten. Bei uns geht es ja letztendlich darum, dass da junge Leute sind, die auf dem Weg ins Erwachsenenleben sind und dabei erstmal Probleme haben. Diese Probleme führen zur Straffälligkeit und das muss man ja an dieser Stelle einfach mal beleuchten, es ist eine Binsenweisheit. An dem Punkt setzt Streetwork aber mit seiner eigenen Arbeit an und das muss man auch beachten. Das ist dann auch der Weg und dass man da richtigliegt. Letztendlich beweist ja auch die Tatsache, dass die meisten Jugendlichen, die straffällig werden, als Erwachsene nicht straffällig werden.

Das muss man auch mal sagen, also klar wer im jugendlichen Alter mit dem Thema Berührung hat, der hat wahrscheinliches auch im Erwachsenenalter, aber die Weisheit ist eben so, dass nicht jeder der in jungen Jahren aufgrund bestimmter Problemlagen straffällig geworden ist bzw. strafbar vorwerfbares Verhalten gezeigt hat, dann nachher als Erwachsener das permanent wiederholt oder noch einen drauflegt. Das ist nicht der Fall. Das muss man an der Stelle auch erwähnen und da auch so ein bisschen die Professionen berücksichtigen.

Insgesamt arbeiten wir schon sehr integriert zusammen mit der Polizei, auf verschiedenen Ebenen auch die Jugendgerichtshilfe in ihrer Zuständigkeit, Stichwort Diversionsverfahren zu fahren, das hat der Gesetzgeber eingeführt, um schnell auf bestimmte Lagen reagieren zu können, ob das im Einzelfall immer klappt, das mag dahingestellt sein. Auch die Justiz signalisiert immer wieder Überlastung. In dem Verfahren sind wir beteiligt, mit der Jugendgerichtshilfe und Streetwork mit seinen eigenen Angeboten auch permanent. Das wollte ich bloß kurz erwähnen.

Herr Dr. Wend

Ja, vielen Dank. Ich würde gerne zum Schluss auch noch mal etwas dazu sagen. Ich bin sehr gespalten, wie ich mich jetzt hier verhalten soll. Ich finde es richtig, dass man das Thema anspricht. Machen wir uns doch nichts vor. Es gibt da Bereiche, die sind nicht schön. Mein Ältester geht in das Christian Wolff und als es darum ging, wie fährt man denn dahin. Ja, da am Rennbahnring steigt er dann in die 40 und fährt dann mit dem Bus direkt vor die Schule. Da sagen wir, er kann doch mit der Straßenbahn eine Station weiter und dann quer durchlaufen. Da sagten die Lehrer, na ja, das würde ich jetzt nicht unbedingt empfehlen.

Das möchte hier eigentlich keiner hören. Das möchte keiner hören, das ist das eine, auf der anderen Seite finde ich wichtig, dass man das ganze Thema Prävention thematisiert. Da bin ich immer etwas überrascht, dass die, die Prävention ist eine langwierige und teure Angelegenheit und sie ist auch schwierig zu benchmarken.

Wenn man jetzt sagt, wir verdoppeln die Streetworker, verdoppeln die Schulsozialarbeiter und dann haben wir auf einmal keine Jugendkriminalität, so einfach geht es ja nicht, das wissen wir alle. Letztendlich liegt da der Schlüssel und die, die sich besonders aufregen, wenn es um Sicherheitsfragen geht, das ist immer eine Frage, ob man das öffentlich macht. Ich finde das auch nicht gut. Ich habe es vielleicht nicht öffentlich gemacht, die CDU zum Beispiel macht es öffentlich. Die sich so besonders aufregen, die sind dann aber bei der Präsentation immer besonders geizig und das ärgert mich, das muss ich mal so sagen. Doch so ist es. Nicht hier im Jugendhilfeausschuss sind wir uns schon sehr einig und hier sitzen alle Leute die Emphatisch sind, was diesen Bereich angeht. Wenn wir in die große Politik gucken, dann ist das so. Ich will nur sagen, Frau Schmidt, wenn Sie den Kopf schütteln, dass Schulsozialarbeit nicht fester Bestandteil unserer Bildungslandschaft ist, scheitert an der CDU-Fraktion im Landtag. Wenn, sie da widersprechen von dem, was ich gesagt habe. Auch die FDP, die seit Jahren von einem schlanken Staat redet, regt sich auf einmal auf, dass es nicht genug Richter gibt und dass es alles nicht schnell genug geht mit den Verhandlungen.

Das irritiert mich. Das irritiert mich und da bitte ich allen Beteiligten einmal in die Tiefe zu blicken und zu analysieren, wann man wo den Arm gehoben oder nicht gehoben hat.

Beleuchtungssituation an als unsicher empfundenen Orten (siehe Studie von städtischen Streetworkern unter Jugendlichen)

- **Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern für eine zeitnahe Umsetzung des 24-Stunden-Dienstes des Ordnungsamtes für eine Verstärkung der Präsenz des städtischen Vollzugsdienstes an Problemstellen**
- **Arbeitsfähigkeit / Einbindung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität“**
- **Vernetzung mit relevanten Akteuren (z.B. Anwohnerinitiativen, Open-Air-Veranstalter)**
- **Prüfung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen verschiedener Akteure und Sicherheitsbehörden durch die Vernetzung von IT-Systemen bzw. die gemeinsame Nutzung von Daten, beispielgebend könnte hier die Zusammenarbeit der Halleschen Verkehrs-AG mit der Polizei sein.¹**

Das Konzept wird aufgrund der angespannten Sicherheitslage umgehend erstellt und der Stadtrat wird über **den Zwischenstand** dieses im Mai 2022 informiert.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)
Vorlage: VII/2022/04122**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnete Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen

¹ Siehe: "Police M.App" – Polizei nutzt Stadtwerke-App, um Halle sicherer zu machen – schneller vor Ort bei ÖPNV-Einsätzen, <https://dubisthalle.de/police-m-app-polizei-nutzt-stadtwerke-app-um-halle-sicherer-zu-machen-schneller-vor-ort-bei-oepnv-einsaetzen>, Zugriff am: 14.04.2022.

2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker*innen vor Ort.

**zu 6.2 Antrag der Fraktionen Freie Demokraten (FDP), MitBürger & Die PARTEI und CDU zur Unterstützung des ASD
Vorlage: VII/2022/03998**

Frau Schubert brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Frau Schmidt bemerkte, den nächsten Termin der HzE-Klausur am Jahresende. Dort soll das Thema „Personal“ behandelt werden. Sie findet, diesen Termin ungünstig, weil bis dahin explizite personalmäßige Handlungen nicht umgesetzt werden können. Die CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) unterstützt somit diesen Antrag als Mitantragssteller.

Frau Haupt erwähnte, dass dieser Antrag gewisse Perspektiven hervorruft. Sie bezog sich auf die inhaltliche Stellungnahme der Verwaltung. Sie äußerte demzufolge Bedenken, diesen Antrag heute zuzustimmen.

Herr Frolow betonte, dass keine Bedenken vorliegen sollten. Er sagte, wenn bei den Prüfungen irgendwelche Einschränkungen festgestellt werden, dann besteht die Möglichkeit im Zuge der HzE-Klausur diese genauer zu beleuchten.

Frau Gellert unterstützt ebenfalls diesen Antrag. Sie gab zu bedenken, dass Studenten aufgrund ihres komprimierten Studiums, auch wirklich Zeit dafür haben.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass er diesen Antrag für eine gute Idee hält. Er betonte, dass es sich hierbei, um hart erkämpfte Stellen handelt und diese dann nicht besetzt werden. **Herr Dr. Wend, bat** hierbei um eine Optimierung.

Herr Frolow wies darauf hin, dass im Stellenplan für dieses Jahr ein Aufwuchs festgestellt wurde. Weiterhin machte er deutlich, dass es schwierig ist, diese Stellen überhaupt zu besetzen. Er teilte mit, dass momentan 17 Sozialarbeiterstellen im ASD nicht besetzt sind. Davon sind 6 Stellen neu geschaffen worden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert gemeinsam mit den Mitarbeitenden des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) ein Konzept zur Einbindung von Studierenden in die Tätigkeit des ASD mittels Werkstudentenverträgen zu entwickeln.

Als Grundqualifikation der Studierenden sind Studiengänge sozialer oder pädagogischer Fachrichtungen denkbar, welche mit einer weiteren fachlichen Einarbeitung und Schulung ergänzt werden können.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Berichterstattung für das Jahr 2021 zu den Frühen Hilfen in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VII/2022/04115

Frau Dr. Gröger informierte zur Berichterstattung für das Jahr 2021 Frühe Hilfen in der Stadt Halle (Saale).

Frau Gellert bemerkte den Passus „Kinder mit erhöhter Fürsorge“. Sie stellte fest, dass im Gegensatz zum Jahr 2020 es im Jahr 2021 etwas mehr sind. Sie bat um Erklärung.

Frau Dr. Gröger sagte, dass sich dieser Sachverhalt aus dem gesamten Kontext erklärt. Die Corona Situation war zunehmend dafür verantwortlich.

Der Bericht ist im Session eingestellt

zu 7.2 Bericht zur aktuellen Situation von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen Vorlage: VII/2022/04155

Herr Frolow informierte zur aktuellen Situation von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen.

Herr Döring bezog sich auf den Bereich Kindertagesstätten und fragte, ob es eine Aufschlüsselung hinsichtlich der Kinder von 0 bis 6 Jahren gibt. Weiterhin stellte er fest, dass von den 1.028 schulpflichtigen Kindern, 410 Kinder staatliche Schulen besuchen. Er fragte, ob es eine Erfassung gibt, wie viele Kinder davon freie Schule besuchen.

Herr Frolow teilte mit, dass diese Übersicht dementsprechend angepasst wird.

zu 7.3 Herr Frolow zu Dringlichkeitsvorlagen für den Jugendhilfeausschuss am 28.06.2022

Herr Frolow informierte, dass zwei Dringlichkeitsvorlagen für den nächsten Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung auf die Tagesordnung vorliegen werden.

zu 7.4 Herr Petrick zum Thema Jugendbeteiligung

Herr Petrick teilte mit, dass er im nächsten Jugendhilfeausschuss am 28.06.2022 über die Kinder- und Jugendbeteiligung informieren wird. Dazu wurden weitere Gremien eingeladen und sich im Ausschuss vorstellen werden.

zu 7.5 Frau Schneutzer zur Migrationsarbeit

Frau Schneutzer teilte mit, dass sie im Jahr 2002 als Ausländerbeauftragte berufen wurde. Einige Jahre später wurde sie die Beauftragte für Migration und Integration. Sie bemerkte, dass sie drei Wünsche für die Migrationsarbeit in Halle (Saale) hat. Diese sind „Migration als Chance zu sehen“, „Die Zielgruppe der Migranten als Bereicherung zu erkennen“, und gute Wege gemeinsam zu finden, um die Migrationsarbeit gemeinsam positiv zu gestalten.

Herr Dr. Wend bedankte sich für bei Frau Schneutzer für die gute Zusammenarbeit im Jugendhilfeausschuss.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Franke zur Arbeit in Kindertagesstätten

Frau Franke machte auf verschiedene Problemlagen in den Kindertagesstätten aufmerksam. Der Paragraph 22 a, Absatz 4 im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz schildert, dass besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohte Kinder in Kindertagesstätten besonders zu berücksichtigen sind. Sie fragte, wie der Fachbereich Bildung angesichts von Personalmangel, strikter Einhaltung von Mindestpersonalschlüsseln, bei der Finanzierung von Personal und befristeten Stellen für Sprachfachkräfte und Fachkräfte für besondere Bedarfe sich dieser Aufgabe stellt.

Frau Franke erwähnte, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, wo momentan neue Leistungsbeschreibung für integrative Kita und Horte diskutiert werden. Sie fragte, ob bei dieser Diskussion der Jugendhilfeträger mit eingebunden ist.

Frau Franke äußerte weiterhin, dass es in der Praxis immer wieder Diskrepanzen kommt, wenn die Pauschale für einen integrativen Platz nicht dem individuellen Hilfebedarf der Kinder entspricht. Kinder mit schweren Behinderungen können oftmals nicht in der Kita oder nur schlecht in Kitas betreut werden. Sie fragte, ob Kinder, die starken Auffälligkeiten im sozial emotionalen Bereich aufweisen, erst zum Psychologen müssen, um eine Diagnose zu erhalten.

Das gelingt meist nicht vor dem Schuleintritt. Sie fragte, welche Lösungsansätze wird es dazu zukünftig in der Stadt Halle (Saale) geben.

Herr Frolow wies darauf hin, dass die geschilderten Probleme der Verwaltung bekannt sind. Er wies auf das KiFöG des Landes Sachsen-Anhalts hin, dies ist ein Ausführungsgesetz zu dem Bundesgesetz SGB VIII auf Landesebene und das definiert mit den ergänzenden Verordnungen im Wesentlichen die Personalausstattung der Einrichtungen.

Herr Frolow teilte mit, dass momentan die beschlossenen Fachstandards zur AG 78 Kita evaluiert und intern noch bewertet werden müssen. Es muss geprüft werden, was im Rahmen der Zuständigkeit als Jugendhilfeträger, ohne dabei andere Mitverantwortliche aus der Verantwortung zu lassen, umsetzbar ist. Momentan müssen aber die Vorgaben des KiFöG hinsichtlich der Personalstruktur beachtet werden.

Herr Dr. Wend fügte hinzu, dass der geschilderte Sachverhalt von Frau Franke in vielen Kinderarztpraxen bekannt ist.

Frau Gellert betonte, dass das Land Sachsen-Anhalt dazu verpflichtet ist, eine Regelung im KiFöG vorzunehmen. Sie bat die Fraktionen mit Landtagsabgeordneten um Einsatz, dass die Arbeitsbedingungen in den Kitas für die Erzieher*innen besser werden.

zu 8.2 Frau Haupt zur Kinderstadt

Frau Haupt teilte mit, dass es ein Spendenaufruf für die Kinderstadt gibt, weil die Summe von 5.000 Euro noch fehlt. Sie fragte, ob die Arbeit der Kinderstadt dadurch gefährdet ist.

Herr Petrick gab zur Kenntnis, dass die Kinderstadt dadurch nicht vollumfänglich umsetzbar ist, wie geplant. Die Kinderstadt ist aber nicht gefährdet.

zu 8.3 Frau Gellert zu Streetwork.

Frau Gellert erwähnte, die momentane verkehrstechnische Einschränkung im Bereich Streetwork. Es wird ein Auto benötigt, um bestimmte Projekte durchzuführen. Derzeit ist der Stand so, dass der Bereich Streetwork gelegentlich ein Auto leaset. Sie regte an, über Sponsoring ein Auto für Streetwork zu beschaffen.

Herr Frolow sagte, dass die Anregung von der Verwaltung aufgenommen wurde. Die Stadtverwaltung ist carsharing Teilnehmer. Die dazu gegebenen Umstände sind nicht immer arbeitsfreundlich. Das bisherige Fahrzeug wurde kaputt gefahren, aber die Verwaltung bemüht sich derzeit um Ersatz.

zu 8.4 Herr Starke zur Beendigung der Mitgliedschaft "Weinheimer Initiative"

Herr Starke bezog sich auf die Beendigung der Mitgliedschaft "Weinheimer Initiative". Er fragte, ob es eine Übersicht zu den ausschussrelevanten Themen gibt, wo die Stadt Halle (Saale) in Netzwerken Mitglied ist bzw. mitwirkt. Er regte eine Bereitstellung dieser Übersicht an.

Herr Dr. Wend sagte, dass es bereits eine Übersicht darüber gab. Hierzu sollte ein Update durch die Verwaltung erfolgen und dann präsentiert werden.

zu 8.5 Herr Dr. Wend zur Kosten der Unterkunft

Herr Dr. Wend erwähnte einen heutigen Zeitungsartikel, der sich mit dem Thema zur KdU beschäftigt. Er fragte, ob dieses Thema auch für den Jugendhilfeausschuss relevant wäre.

Herr Frolow bemerkte, dass dieses Thema wichtig in seiner Diskussion ist, aber im Jugendhilfeausschuss deplatziert wäre.

zu 9 Anregungen

Herr Dr. Wend wies nochmalig auf die Wichtigkeit des Themenspeichers hin.

Frau Goy informiert, dass das Planspiel zur integrierten und kooperativen Jugendhilfeplanung am 11.10.2022 um 16: 00 Uhr stattfinden soll. Eine Anmeldung ist direkt möglich.

Herr Dr. Wend, gab eine persönliche Erklärung zur Einwohnerfragestunde ab. Er sagte, dass sich alle Stadträte und Stadträtinnen sehr für das Gemeinwesen engagieren. Er hält es für sehr wichtig, dass der demokratische Diskurs, wie wir unser Allgemeinwesen gestalten aufrechterhalten wird.

Herr Dr. Wend sagte, dass er Freude daran haben möchte und deswegen er für eine farbige Sprache im Ausschuss ist. Er findet es unakzeptabel, dass Stadträte und Stadträtinnen angegriffen werden, wenn mal was nicht so gut läuft oder sich mal echauffiert wird, vielleicht auch mit Grund. Das ist nicht in Ordnung, das ist eine Form von Aggressivität und eine Form von Missbrauch dieser Gremien, die er nicht akzeptieren wird.

zu 9.1 Themenspeicher

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer